



Religion in der Schule, Religiosität von Jugendlichen und Grenzziehungsprozesse in einer religiös pluralen Schweiz

Forschungsergebnisse aus ausgewählten Projekten des
Nationalen Forschungsprogramms «Religionsgemeinschaften,
Staat und Gesellschaft» (NFP 58)

FNSNF

SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG

Inhalt

5 Vorwort von Prof. Christoph Bochinger

Teil I: Staatlicher Religionsunterricht

6 Staatlicher Religionsunterricht braucht ein klares Profil
8 Vergleich der untersuchten Kantone
9 Interview mit Dr. Ansgar Jödicke
12 Wenig Opposition in der Bevölkerung
13 Religionsgemeinschaften: Von Mitarbeit bis Desinteresse
15 Interview mit Christoph Mylaeus zum Lehrplan 21

Teil II: Grenzziehungen unter Jugendlichen

16 Sozialer Ausschluss wegen Religion und Ethnizität
18 Wenig Bewusstsein für soziale Ausschlussprozesse
20 Interview mit Prof. Janine Dahinden
22 Religion als Hilfe in schwierigen Lebenssituationen

Teil III: Identität und Religiosität von Jugendlichen

24 Identitätsfindung ist heute komplexer
27 Mehrheit der Jugendlichen glaubt an etwas Göttliches
29 Jugendliche sind anderen Religionen gegenüber offen
30 Interview mit der Forscherin Sabine Zehnder

Teil IV: Jugendliche, Religion und Migration

34 Jugendliche handeln Religion neu aus
36 Kinder von Zugewanderten wollen dazugehören
39 Erfolg in Ausbildung und Beruf zentral
40 Jugendliche gezielt fördern

42 Impressum



15.06.2011, Bulle. Schülerinnen und Schüler der ersten Oberstufe der Schule La Tour-de-Trême zeigen die Bibel, die Generationen von früheren Schülern von Hand geschrieben haben. (© Mélanie Rouiller)

Vorwort Diskriminierung trotz offener Einstellung

Wie gehen Jugendliche mit der religiösen Vielfalt in der Schweiz um? Mit dieser Frage haben sich mehrere Forschungsprojekte im Nationalen Forschungsprogramm «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» (NFP 58) beschäftigt.

Die meisten Jugendlichen sind anderen Religionen gegenüber offen eingestellt. Religion spielt für sie eine eher untergeordnete Rolle. Allerdings hat die Forschungsgruppe um Prof. Christoph Morgenthaler und Prof. Christoph Käppler grosse Unterschiede zwischen den Jugendlichen beobachtet. So ist die Toleranz gegenüber Andersgläubigen in der Stadt beispielsweise grösser als auf dem Land. Ausserdem sprechen sich gläubige Jugendliche gemäss den Forschenden deutlicher als nicht-religiöse für die Rechte anderer Religionsgemeinschaften aus.

Obwohl viele Jugendliche einer religiös pluralen Gesellschaft positiv gegenüberstehen, wird die Religionszugehörigkeit im Alltag oft dazu gebraucht, Angehörige von Minderheiten zu diskriminieren. Dies betrifft besonders Musliminnen und Muslime, wie die Untersuchung der Forschungsgruppe von Prof. Janine Dahinden deutlich macht. Häufig nehmen Jugendliche auf die Geschlechterrollen im Islam Bezug, um sich von den muslimischen Jugendlichen abzugrenzen.

Um dazuzugehören, wenden die ausgegrenzten Jugendlichen verschiedene Strategien an. In zahlreichen Interviews hat die Forschungsgruppe um Prof. Christian Giordano festgestellt, wie Jugendliche etwa religiöse Vorgaben neu auslegen und so einen individuellen, kreativen Weg suchen, um sich sowohl zur Schweiz als auch zur Religion und Kultur ihres Ursprungslandes zugehörig zu fühlen.

In einem religiös vielfältigen Umfeld kommt der Schule eine wichtige Aufgabe zu. Um kulturelle Unterschiede zu thematisieren, haben daher viele Kantone einen obligatorischen staatlichen Religionsunterricht eingeführt, der konfessionsübergreifend ist. Allerdings muss dieser Unterricht gemäss Ansgar Jödicke und seiner Forschungsgruppe ein klares Profil haben, damit er nicht zum Sammelbecken unterschiedlicher Interessen wird und Kritikern dadurch Angriffsfläche bietet.

Verschiedene Projekte im NFP 58 zeigen, dass nicht nur in der Schule, sondern auch auf anderen Plattformen Wissen über die verschiedenen Religionsgemeinschaften vermittelt werden muss, um das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Professor Christoph Bochinger, Präsident der Leitungsgruppe des NFP 58

Teil I: Staatlicher Religionsunterricht

Überblick

Staatlicher Religionsunterricht braucht ein klares Profil

In vielen Kantonen der Schweiz hält der Staat heute einen eigenen Religionsunterricht ab. Damit will er der zunehmenden religiösen Pluralität der Gesellschaft Rechnung tragen. Um den staatlichen Religionsunterricht reibungslos in den regulären Unterricht zu überführen, braucht er gemäss der Forschungsgruppe des NFP 58 ein klares Profil und muss von speziell ausgebildeten Lehrpersonen durchgeführt werden.

Bis vor wenigen Jahren war der Religionsunterricht an den Schweizer Schulen Sache der Landeskirchen. Heute hat in vielen Kantonen der Staat die Verantwortung für den Religionsunterricht übernommen. Während der Religionsunterricht der Landeskirchen freiwillig war, ist der staatliche Unterricht auf Sekundarstufe in vielen Kantonen während mindestens eines Schuljahres obligatorisch. Auch wenn der staatliche Unterricht nicht-religiös angelegt ist und neben dem Christentum auch andere Religionen sowie Themen wie Ethik, Kultur oder Gesellschaft behandelt, können sich gemäss den Forschenden des NFP 58 aufgrund der obligatorischen Teilnahme rechtliche Probleme ergeben (siehe Seite 9).

Wie das NFP 58-Projekt (siehe Kasten) zeigt, ging die Implementierung des staatlichen Religionsunterrichts in jenen Kantonen, die diesen eingeführt haben, ohne grössere öffentliche Konflikte vonstatten. Dies liegt gemäss der Forschungsgruppe daran, dass die Reform des Religionsunterrichts der veränderten religiösen Einstellung breiter Bevölkerungsschichten entgegenkommt. Es gibt aber einzelne Gruppierungen, die dem staatlichen Unterricht skeptisch gegenüberstehen. Dies sind einerseits Gruppen, welche die Religionsfreiheit in Gefahr sehen und andererseits Religionsgemeinschaften, die ihre Beteiligung am Unterricht der öffentlichen Schule fordern (siehe Seiten 12 und 13).

Reibungslose Einführung. An den staatlichen Religionsunterricht werden zahlreiche Ansprüche gestellt. Er soll etwa Kenntnisse über die verschiedenen Religionen vermitteln und gleichzeitig wichtige Lebensthemen behandeln. Damit der staatliche Unterricht nicht zum Sammelbecken divergierender Interessen wird und Kritikern dadurch Angriffsfläche bietet, braucht er laut den Forschenden ein klares Profil, klare Zielbeschreibungen und eine professionelle Didaktik. Lehrpersonen aus dem früheren kirchlichen Unterricht sollten nur mit einer Weiterbildung übernommen

werden. Zudem ist es gemäss den Forschenden wichtig, den Unterricht so zu konzipieren, dass ihn die Religionsgemeinschaften soweit als möglich unterstützen. Denn auch wenn der Unterricht selbst nicht religiös ist, berührt er die Interessen der Religionsgemeinschaften doch direkt.

Bei Unterrichtsmodellen, die eine Pflichtwahl zwischen einem staatlichen und einem traditionell religiösen Unterricht vorsehen, ist es gemäss den Forschenden schwierig, dem staatlichen Unterricht ein klares Profil zu geben, da eine Pflichtwahl zwei unterschiedliche Unterrichtsformen auf eine Stufe stellt. Einen traditionell religiösen Unterricht der Religionsgemeinschaften sollte man am besten zusätzlich zum staatlichen Unterricht auf freiwilliger Basis anbieten. Um Missverständnissen und Ängsten in der Bevölkerung vorzubeugen, empfehlen die Forschenden den verantwortlichen Behörden, die Öffentlichkeit umfassend über Ziele, Inhalte und Methoden des staatlichen Religionsunterrichts zu informieren.

Das Forschungsprojekt «Unterricht zum Thema Religion an der öffentlichen Schule»

Die Forschenden untersuchten in über hundert Interviews, welche gesellschaftliche Bedeutung die Befragten dem Religionsunterricht beimessen und wie die Aufgaben zwischen der Schule und den Religionsgemeinschaften verteilt sind. Die Studie konzentriert sich auf die Kantone Aargau, Freiburg, Neuenburg, Tessin, Waadt und Zürich, welche den staatlichen Unterricht ganz oder versuchsweise eingeführt haben. Interviewt wurden die Verantwortlichen der kantonalen Erziehungsdepartemente, Vertreter von öffentlich anerkannten und nicht-erkannten Religionsgemeinschaften sowie einzelne Lehrpersonen.

Leitung der Forschungsgruppe: Dr. Ansgar Jödicke, Universität Freiburg

Mitarbeit: Andrea Rota, Universität Freiburg

Kontakt: ansgar.joedicke@unifr.ch

Schlussbericht: www.nfp.58.ch → Projekte → Jugendliche, Schule und Religion

Stand der Umsetzung Vergleich der untersuchten Kantone

Die Forschungsgruppe hat in sechs Kantonen, die einen staatlichen Religionsunterricht anbieten, den Stand der Umsetzung untersucht.

Die im Rahmen der Studie zum staatlichen Religionsunterricht untersuchten Kantone Aargau, Freiburg, Neuenburg, Tessin, Waadt und Zürich haben den staatlichen Religionsunterricht ganz oder teilweise eingeführt. Ausser im Kanton Waadt findet er in allen Kantonen ausschliesslich auf Sekundarstufe statt. Die behandelten Themen reichen von Religionen und Ethik bis hin zu Kultur. Der Kanton Tessin hat versuchsweise zwei verschiedene Unterrichtsformen gestartet: Die Schulen bieten entweder einen staatlichen Unterricht oder eine Pflichtwahl zwischen staatlichem und kirchlichem Unterricht an (siehe Tabelle).

Kanton	Bezeichnung	Schulstufe	Reform	Art
Aargau	Ethik und Religionen	7. bis 9. Schuljahr	2005	Die ersten zwei Jahre obligatorisch, danach Wahlfach
Freiburg	Ethique et cultures religieuses	7. bis 9. Schuljahr	2005	Im 7. und 8. Schuljahr Pflichtwahl zwischen staatlichem und kirchlichem Unterricht. Im 9. Schuljahr obligatorisch
Neuenburg	Enseignement des cultures religieuses et humanistes	7. bis 9. Schuljahr	2003	Modul im Fach Geschichte
Tessin	Storia delle religioni (Modellversuch)	7. bis 9. Schuljahr	laufend	Zwei Modelle wurden versuchsweise gestartet: 1. Staatlicher Kurs (storia delle religioni) 2. Wahlmodell. Pflichtwahl zwischen staatlichem (storia delle religioni) und kirchlichem Unterricht (istruzione religiosa scolastica)
Waadt	Histoire biblique – cultures religieuses	5. bis 9. Schuljahr	laufend	Im 5. und 6. Schuljahr obligatorisch mit Abmeldemöglichkeit, danach einzelne Projektstage
Zürich	Religion und Kultur	7. bis 9. Schuljahr	2007	Obligatorisch

Interview mit dem Forschungsleiter Dr. Ansgar Jödicke «Die Religionsfreiheit ist ein heikler Bereich»

Der staatliche Religionsunterricht berührt religionsrechtlich sensible Bereiche wie die Religionsfreiheit. Wie muss der staatliche Religionsunterricht konzipiert sein, um religionsrechtlichen Konflikten vorzubeugen? Welche Inhalte kann und darf er vermitteln? Dr. Ansgar Jödicke, Leiter des NFP 58-Forschungsprojekts, äussert sich im Interview zu diesen Fragen.

Ansgar Jödicke, welche religionsrechtlichen Bereiche berührt der staatliche Religionsunterricht?

Er tangiert vor allem die Religionsfreiheit. Der staatliche Religionsunterricht ist in vielen Kantonen obligatorisch. Mit einem Obligatorium verpflichtet der Staat die Schülerinnen und Schüler, an einem Unterricht zum Thema Religion teilzunehmen. Gemäss Artikel 15 der Bundesverfassung darf aber niemand gezwungen werden, einen religiösen Unterricht zu besuchen. Hier besteht Konfliktpotenzial.

Wie können die Behörden diesen Konflikt vermeiden?

Es ist ein Unterschied, ob man im staatlichen Unterricht über religiöse Themen spricht, oder ob der Unterricht selbst religiös ist. Der obligatorische staatliche Unterricht muss auf jeden Fall nicht-religiös angelegt sein. Früher oder später werden wahrscheinlich die Gerichte klären müssen, ob dies tatsächlich der Fall ist.

Welche weiteren Schwierigkeiten können auftreten?

Bisher war der staatliche Religionsunterricht in der Öffentlichkeit fast kein Streitthema. Da Religion ein sensibler Bereich der Gesellschaft ist, in dem verschiedene Religionsgemeinschaften aber auch nicht-religiöse Bürgerinnen und Bürger Forderungen stellen, kann es sein, dass der staatliche Religionsunterricht plötzlich zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion wird und dann zwischen die Fronten verschiedener Interessen gerät.

Welche Ausrichtung des Unterrichts ist sinnvoll, um die erwähnten Probleme zu vermeiden?

Es ist schwierig, eine bestimmte Ausrichtung zu empfehlen. Die Kantone müssen ihre geschichtlichen und rechtlichen Gegebenheiten berücksichtigen.

Anders gefragt: Welche möglichen Ausrichtungen gibt es?

Um einige Beispiele zu nennen: Der Unterricht kann entweder religionskundliche Schwerpunkte setzen, auf ethische Fragen ausgerichtet sein oder sich in Richtung Lebenskunde orientieren. An manchen Schulen hat sich der staatliche Religions-

unterricht auch zu einer Klassenlehrerstunde entwickelt. Wichtig ist, dass man nach aussen und innen Klarheit schafft und festlegt, wie man mit dem Thema Religion umgeht – und diese Entscheide dann kommuniziert.

Welches Konfliktpotenzial bergen die Unterrichtsinhalte?

Die Unterrichtsinhalte sorgen nur oberflächlich für kontroverse Diskussionen. Auch in den früheren, kirchlich verantworteten Unterrichtsformen wurden ja schon andere Religionen als das Christentum thematisiert. Es mag Streit darüber geben, wie viel Gewicht das Christentum erhalten soll. Ich sehe aber keine grossen Schwierigkeiten, dem Christentum beispielsweise aus kulturellen Gründen mehr Raum zu geben. Die Festlegung des didaktischen Profils und der Ausrichtung wird grössere Probleme bereiten.

Warum ist es so schwierig, die Ausrichtung festzulegen?

An den staatlichen Unterricht werden oft zu viele verschiedene Ansprüche gestellt. Man kann in einem Unterricht, der in der Regel maximal eine oder zwei Wochenstunden umfasst, nicht Grundwissen über alle Religionen der Welt vermitteln, sowie wichtige Lebensthemen und die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen besprechen. Neben dem zeitlichen Problem besteht auch ein konzeptionelles: Ethik und Lebenskunde verlangen ein völlig anderes Konzept als Kulturkunde und Geschichte. Weil die Ansprüche so verschieden sind, ist auch die gesellschaftspolitische Deutung des Unterrichts noch offen. Um erfolgreich zu sein, sollte der staatliche Religionsunterricht begrenzte Ziele anstreben.



15.06.2011, Bulle. Eine Schülerin der ersten Oberstufe der Schule La Tour-de-Trême während des katholischen Religionsunterrichts. (© Mélanie Rouiller)

Befürworter und Gegner

Wenig Opposition in der Bevölkerung

In den Kantonen, die den staatlichen Religionsunterricht eingeführt haben, besteht keine grundsätzliche Opposition gegen einen solchen Kurs. Gewisse Gruppierungen mit stark religiöser oder anti-religiöser Gesinnung lehnen ihn allerdings ab.

Der staatliche Unterricht zum Thema Religion ist explizit nicht-religiös gedacht. Damit kommt er der unterschiedlich ausgeprägten Religiosität der Schweizer Bevölkerung entgegen. In den meisten Kantonen verlief die Einführung deshalb problemlos. Die unproblematische Implementierung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der staatliche Religionsunterricht auch dezidierte Gegner hat.

Unterschiedliche Vorbehalte. Ablehnend stehen dem staatlichen Religionsunterricht vor allem Gruppierungen mit stark religiöser oder anti-religiöser Gesinnung gegenüber. Die Motive für eine Ablehnung unterscheiden sich grundsätzlich. Während etwa für freidenkerische Vereinigungen der staatliche Unterricht die Religionsfreiheit gefährdet, sehen Gruppierungen mit evangelikaler Gesinnung den staatlichen Religionsunterricht als Einmischung in die Erziehungsautonomie der Familie. Vor allem Vertreter von nicht-christlichen Minderheiten befürchten zudem, unter dem Deckmantel des staatlichen Unterrichts könnten christlich-religiöse Inhalte vermittelt werden.

Pflege gemeinsamer Werte. Die Befürworter des staatlichen Unterrichts, etwa die Verantwortlichen in Kantonen mit einem staatlichen Religionsunterricht, führen zwei Argumente ins Feld. Sie sind erstens der Meinung, ein staatlicher Unterricht begegne der religiösen Vielfalt in der Schweiz und thematisiere kulturelle Unterschiede. Zweitens vermittele der staatliche Unterricht Grundkenntnisse über die Religionen und zwar auch jenem Teil der Bevölkerung, der sich von den christlichen Kirchen und der Religion distanziert habe. Die Befürworter argumentieren zudem, der staatliche Religionsunterricht könne verhindern, dass durch die religiöse Vielfalt und Säkularisierung der Schweizer Gesellschaft die eigene Kultur und gemeinsame Werte verloren gingen.

Rolle der Religionsgemeinschaften

Von Mitarbeit bis Desinteresse

Der Einfluss der Landeskirchen auf den Religionsunterricht schwindet zunehmend. Kirchen und andere Religionsgemeinschaften richten daher verschiedene Wünsche an die Behörden und Schulen.

Die Landeskirchen sind an den Entscheidungsprozessen zum schulischen Religionsunterricht oft nicht mehr beteiligt. Sie können in einzelnen Kantonen jedoch noch einen eigenen Religionsunterricht abhalten.

Kampf um Privilegien. Die politischen Diskussionen um den staatlichen Religionsunterricht sind aufgrund dieser Entwicklung teilweise zu einem Kampf um Privilegien geworden: Die Landeskirchen verteidigen ihren Einfluss, wo er noch besteht. Gleichzeitig fordern auch Vertreter religiöser Minderheiten, Zugang zur Schule zu erhalten.

Die Gründe für den Wunsch nach einer Beteiligung am schulischen Unterricht gehen weit auseinander. Einige Vertreter der Landeskirchen fordern etwa eine Mitarbeit am schulischen Unterricht, weil sie sich als Kompetenzträger für religiöse Fragen verstehen. Sie sind der Meinung, religiöse Bildung müsse einen Beitrag zur schulischen Bildung leisten. Einige Religionsgemeinschaften, sowohl christliche wie auch nicht-christliche, fordern eine Teilnahme am staatlichen Religionsunterricht, weil sie befürchten, es könnten Halbwahrheiten oder negative Stereotype verbreitet werden.

Manche minoritäre Religionsgemeinschaften wünschen sich einen eigenen Unterricht an der öffentlichen Schule, weil sie diesen als Zeichen für soziale Integration sehen. Es gibt aber auch viele religiöse Minderheiten, die sich überhaupt nicht für die schulischen Aktivitäten zum Thema Religion interessieren.

Einbezug der Religionsgemeinschaften. Für eine konfliktfreie Implementierung des staatlichen Religionsunterrichts empfiehlt es sich – so die Forschungsgruppe – die interessierten Religionsgemeinschaften in den politischen Prozess einzubeziehen. Ausserdem empfehlen die Forschenden den Landeskirchen und anderen Religionsgemeinschaften, Räume für einen eigenen Religionsunterricht zur Verfügung zu stellen. Diese Massnahme fördere den politischen Konsens. Vor allem muslimische, gelegentlich auch orthodoxe Gemeinschaften, dürften gemäss den Forschenden an einer solchen Möglichkeit interessiert sein.



15.06.2011, Bulle. Die Religionslehrerin Delphine Pitteloud mit den Büchern für den katholischen Religionsunterricht der ersten Oberstufe der Schule La Tour-de-Trême. (© Mélanie Rouiller)

Interview mit Christoph Mylaeus zum Lehrplan 21 Ausbildung der Lehrpersonen als Herausforderung

Die Deutschschweizer Kantone erarbeiten zurzeit einen gemeinsamen Lehrplan für die Volksschule, den Lehrplan 21. Dieser sieht vor, in allen Kantonen einen staatlichen Religionsunterricht einzuführen. Christoph Mylaeus, Geschäftsleiter der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK), äussert sich im Interview zu den Herausforderungen, die bei der Einführung des staatlichen Religionsunterrichts zu bewältigen sind.

Christoph Mylaeus, stellt der staatliche Religionsunterricht im Lehrplan 21 eine grosse Herausforderung dar?

Er ist eine von mehreren Herausforderungen und dies aus verschiedenen Gründen. Unter anderem ist schon die grundlegendste Frage – die nach den Inhalten – beim staatlichen Religionsunterricht äusserst sensibel. Das NFP 58 zeigt sehr gut, dass der Unterricht so konzipiert sein muss, dass alle Kinder sämtlicher Konfessionen daran teilnehmen können. Gelingt uns das, erübrigen sich viele andere Fragen, wie etwa die der Dispensationsmöglichkeit.

Wie gewährleisten Sie, dass der staatliche Religionsunterricht nicht-religiös ist?

Die Ausbildung der Lehrpersonen ist dabei zentral. Es könnte nämlich sein, dass sich vor allem Lehrpersonen mit einer religiösen Überzeugung für dieses Fach interessieren, während religiös Distanzierte es nicht unterrichten möchten. Es ist noch offen, wie man damit umgehen will.

Gibt es Herausforderungen auf politischer Ebene?

Bildungsthemen führen vermehrt zu ideologischen Diskussionen. Sollte es zur politischen Debatte über den staatlichen Religionsunterricht kommen, verfügen wir über gute Argumente: Es ist beispielsweise eine Aufgabe der Schule, kulturelles Wissen zu vermitteln, damit sich unsere Kinder in der Gesellschaft zurechtfinden.

Wie gehen Sie bei der Konzeption des Lehrplans 21 mit den Interessen der Religionsgemeinschaften um?

Der Lehrplan 21 wird von Fachbereichsgruppen erarbeitet. In der für den Religionsunterricht zuständigen Fachbereichsgruppe arbeiten Experten mit, die an Pädagogischen Hochschulen Religionsdidaktik unterrichten. Sie bringen die Perspektive der Religionsgemeinschaften hinein. Im Rahmen der Konsultation im Jahr 2013 werden die Religionsgemeinschaften ihre Anliegen direkt äussern können. Letztlich werden die Kantone bei der Ausgestaltung des staatlichen Religionsunterrichts die Diskussion mit den Religionsgemeinschaften aber nochmals führen.

Teil II: Grenzziehungen unter Jugendlichen

Überblick Sozialer Ausschluss wegen Religion und Ethnizität

Religion und Herkunft spielen für Jugendliche eine wichtige Rolle, um Grenzen zwischen sich und anderen zu ziehen. Von solchen Grenzziehungsprozessen sind besonders Jugendliche aus dem Balkangebiet sowie Musliminnen und Muslime betroffen.

Religion und Ethnizität können für Jugendliche wichtige Kriterien sein, um Grenzen zwischen sich und anderen zu ziehen. Vor allem Jugendliche aus dem Balkangebiet, besonders albanischsprachige, sowie Musliminnen und Muslime sind von starken Grenzziehungen betroffen, wie die Forscherinnen des NFP 58-Projekts anhand von Untersuchungen in den Kantonen Luzern und Neuenburg zeigen (siehe Kasten). Jugendliche mit anderer Herkunft trifft die Grenzziehung weniger. Die Aussage einer Schweizer Berufsschülerin veranschaulicht dies: «Ich habe Vorbehalte gegenüber der albanischen Kultur und will nicht mit einem Albaner zusammen sein. Andere Ausländer – Deutsche, Italiener, Portugiesen – wären okay.»

«Ich habe Vorbehalte gegenüber der albanischen Kultur und will nicht mit einem Albaner zusammen sein. Andere Ausländer – Deutsche, Italiener, Portugiesen – wären okay.»

Luisa, 18, Schweizerin (Die Forschungsgruppe hat den Namen geändert)

Die Jugendlichen, soweit sie nicht zu einer religiösen oder zur albanischsprachigen Minderheit gehören, machen im Alltag und auch in den Interviews mit den Forscherinnen eine Unterscheidung zwischen sich und den «Anderen». Damit stellen sie eine Differenz her, die zu einer klaren Grenzziehung führt, diese zwei Gruppen in eine hierarchische Rangordnung setzt und die «Anderen» moralisch abwertet. Für die Grenzziehung verwenden die Mehrheitsjugendlichen oft Kriterien, die direkt mit der Religionsausübung oder den Vorstellungen davon in Verbindung stehen: Freiheit und Autonomie in religiösen Belangen, Laizismus und Säkularisierung sowie eine moderate Praxis. Während die Mehrheitsjugendlichen diese Kriterien im Christentum als gegeben ansehen, bringen sie die «Anderen» – albanischsprachige Jugendliche und Musliminnen und Muslime – mit religiösem Zwang und Einschränkung, Zurschaustellung von Religion sowie Fundamentalismus in Verbindung.

Die Mehrheitsjugendlichen untermauern alle Kriterien mit einem Geschlechterelement: Sie verweisen pauschal darauf, dass bei Schweizerinnen und Schweizern Geschlechtergleichheit verbreitet sei, während bei Musliminnen und Muslimen und Albanischsprachigen Geschlechterungleichheit herrsche.

Verfestigte Grenzen. Auch wenn die muslimischen und albanischsprachigen Jugendlichen diese Grenzziehungen in den Interviews mit den Forscherinnen und im Klassenverband häufig ablehnen und beispielsweise argumentieren, dass nicht alle Albaner Frauen unterdrückten und nicht alle Schweizerinnen gleichberechtigt seien – können sie die klaren, etablierten Grenzlinien nicht grundsätzlich in Frage stellen, da sie kein Gehör fänden und keine Aussicht hätten, die Grenzlinie zu verwischen. Deshalb entwickeln die Minderheitsjugendlichen andere Strategien, um mit der Grenzziehung umzugehen. Sie versuchen etwa, das hierarchische Machtverhältnis zwischen ihnen und den Schweizerinnen und Schweizern umzudeuten. Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner betonen zum Beispiel immer wieder, dass sie freiwillig wenig sexuelle Freiheit auslebten und dass solche Werte durchaus zu verteidigen seien, weil sie das dauerhafte Bestehen von Familien und Ehen garantierten. Schweizerinnen und Schweizer liessen sich hingegen häufig scheiden, was unmoralisch sei. Manche muslimische Jugendliche versuchen auch, sich auf der «guten» Seite der Grenzlinie zu platzieren. Sie betonen dazu etwa ihre Gemeinsamkeiten mit dem Christentum oder distanzieren sich von der eigenen ethnischen Gruppe.

Das Forschungsprojekt «Religion und Ethnizität – eine Untersuchung mit jungen Erwachsenen»

Die Forschungsgruppe befragte 800 Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren in den Kantonen Neuenburg und Luzern telefonisch. Zudem beobachtete sie das Unterrichts- und Pausengeschehen an neun Luzerner und Neuenburger Gymnasien und Berufsschulen. In jeder Klasse führte sie ausserdem eine Gruppendiskussion zum Thema Religion durch.

Leitung der Forschungsgruppe: Prof. Janine Dahinden, Universität Neuenburg; Prof. Karenina Kollmar-Paulenz, Prof. Doris Wastl-Walter, Universität Bern

Mitarbeit: Kerstin Duemmler, Joëlle Moret, Universität Neuenburg

Kontakt: janine.dahinden@unine.ch

Schlussbericht: www.nfp.58.ch → Projekte → Jugendliche, Schule und Religion

Soziale Grenzziehung in Schulen

Wenig Bewusstsein für soziale Ausschlussprozesse

Um die Jugendlichen auf die soziale Grenzziehung und ihre Folgen aufmerksam zu machen, ist es gemäss den Forschenden des NFP 58 sinnvoll, Themen wie Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung im Schulunterricht anzusprechen. Sie empfehlen, dabei vor allem die sozialen Auswirkungen von Rassismus zu thematisieren.

Wie das NFP 58 zeigt, nehmen Lehrpersonen und Schuldirektionen von Schweizer Schulen die ethnische und religiöse Diversität ihrer Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedlich wahr. Während manche fremde Kulturen und Religionen als Bereicherung empfinden, sehen andere diese Diversität vor allem als Problem. Dies betreffe besonders Migrantinnen und Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, so die Forschenden.

Ausserdem würden Konflikte zwischen Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Herkunft häufig pauschal den ethnischen und religiösen Unterschieden zugeschrieben. Andere Ursachen wie die familiäre Situation, das Bildungsniveau oder die individuelle Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler werden laut den Resultaten des NFP 58 zu wenig berücksichtigt.

Die Forschenden weisen zudem darauf hin, dass Lehrpersonen und Schuldirektionen oft selbst in Grenzziehungsprozesse involviert sind. Dabei sind sie sich zum Teil wenig bewusst, dass es sich auch um Prozesse handeln kann, die Stigmatisierung oder sozialen Ausschluss zur Folge haben.

Thematisierung im Unterricht. Die Forschenden empfehlen den Schulen deshalb, Themen wie Fremdenfeindlichkeit, Stigmatisierung und Diskriminierung mehr Bedeutung beizumessen und im Unterricht anzusprechen. Die Lehrpersonen sollen sich dabei nicht nur auf die rechtlichen Konsequenzen von Rassismus konzentrieren, sondern vor allem die sozialen Auswirkungen von solchen Ethnisierungs- und Kulturalisierungsprozessen thematisieren. Zudem ist es gemäss den Forschenden wichtig, dass sich die Schulleiterinnen und Schulleiter bewusst sind, dass sich das in der Gesellschaft präsente negative Bild des Islams und der Menschen aus dem Balkangebiet auf das Schulleben übertragen kann. Besonders kosovo-albanische und muslimische Schülerinnen und Schüler bekämen dies immer wieder zu spüren.



14.05.2011, Lausanne. Zwei Gruppen von Jugendlichen vor dem Hochhaus Bel-Air.
(© Mélanie Rouiller)

Interview mit der Forschungsleiterin Prof. Janine Dahinden
«Musliminnen und Albanerinnen sind von Grenzziehungen doppelt betroffen»

Wie die Forschungsgruppe des NFP 58 zeigen konnte, ist die Geschlechtergleichheit für Jugendliche ein zentrales Argument bei der Grenzziehung. Warum ist dieses Element so dominant? Ist es ein Zeichen für Feminismus bei Jugendlichen? Und profitieren Musliminnen und Albanerinnen davon, dass man die Rollenverteilung im Islam kritisiert? Prof. Janine Dahinden, Leiterin des Forschungsprojektes, äussert sich im Interview zu diesen Fragen.

Janine Dahinden, warum ist das Argument der Geschlechtergleichheit bei der Grenzziehung so präsent?

Meiner Einschätzung nach übernehmen die Jugendlichen Aussagen über Geschlechtergleichheit aus Medien und Politik. Dort wird oft postuliert, in unserer Gesellschaft herrsche im Gegensatz zu anderen Gesellschaften Geschlechtergleichheit. Das ist natürlich nicht der Fall, wie Studien immer wieder zeigen. Dennoch verwenden die Jugendlichen dieses Idealbild der Schweizer Gesellschaft bei der Grenzziehung gegenüber muslimischen und albanischen Jugendlichen und behaupten pauschal, deren Glaube respektive Kultur benachteilige die Frauen. Auch dieses Bild wird von einigen Medien und manchen Politikern vermittelt.

Ist die Verwendung des Geschlechterarguments ein Zeichen, dass die Jugendlichen für Genderfragen sensibilisiert sind?

Nicht unbedingt. Schweizer Jugendliche engagieren sich wenig für Geschlechtergleichheit. Häufig haben sie sehr traditionelle Vorstellungen von Geschlechterbeziehungen, und in den Köpfen ist oft ein altmodisches Frauen- und Männerbild präsent. In ihren Lebensentwürfen verbinden die Jugendlichen das Weibliche stark mit dem Muttersein und der Kindererziehung, das Männliche mit ausserhäuslicher Lohnarbeit. Dennoch verwenden sie das Argument der Geschlechtergleichheit, wenn es darum geht, andere als minderwertig zu stigmatisieren. Die Verwendung des Geschlechterarguments bei der Grenzziehung ist paradox: Ein eigentlich sexistisches Frauenbild wird dazu gebraucht, den anderen zu zeigen, dass ihr Frauenbild sexistisch ist.

Ist es für Musliminnen und Albanerinnen vorteilhaft, dass man bei der Grenzziehung für sie Partei ergreift?

Für gewisse Frauen kann das sicherlich hilfreich sein. Es bedeutet aber auch, dass Musliminnen und Albanerinnen von zwei unterschiedlichen und miteinander verflochtenen Grenzziehungs- und Stigmatisierungsprozessen betroffen sind: Auf der einen Seite ist da die Grenzziehung. Musliminnen und Albanerinnen sind wie die Männer von starken Grenzziehungsprozessen betroffen. Auf der anderen Seite drängt sie unsere verfestigte Vorstellung von der Geschlechterordnung im Islam respektive in der albanischen Kultur in eine unangenehm defensive Position, aus der sie sich fast nicht befreien können.

Wie kann sich das äussern?

Ich mache ein Beispiel, das sich tatsächlich zugetragen hat: Eine junge katholische Albanerin teilte ihren Berufsschulkolleginnen mit, sie wolle heiraten. Diese waren sofort überzeugt, die Albanerin werde zwangsverheiratet. Die Argumente der jungen Frau, sie heirate aus Liebe und die Heirat sei ihr ausdrücklicher Wunsch, wurden gar nicht zur Kenntnis genommen. Aufgrund fixer Vorstellungen wie diesen wird selbstständigen und selbstbewussten Musliminnen und Albanerinnen oft die Rolle der Unterdrückten aufgezwungen.

Wie begegnen die Musliminnen und Albanerinnen der Grenzziehung?

Sie versuchen, ihre Religion und Kultur positiv darzustellen. Beispielsweise betonen sie, vor der Ehe gar keinen Sex haben zu wollen, sogar wenn ihnen dies erlaubt wäre. Manche Musliminnen und Albanerinnen erwähnen auch die Gemeinsamkeiten mit den Schweizer Jugendlichen. Sie betonen, dass auch sie eine Lehre machten, in den Ausgang gingen und für die Gleichberechtigung der Geschlechter seien. Dadurch versuchen sie, sich auf der Seite der Schweizerinnen und Schweizer zu platzieren. Diese Strategien sind allerdings nicht immer erfolgreich. Manche Musliminnen respektive Albanerinnen reagieren auf die Grenzziehung deshalb auch mit Rückzug.

Religion im Alltag

Religion als Hilfe in schwierigen Lebenssituationen

Für Jugendliche in der Schweiz ist Religion vor allem in schwierigen Situationen und bei der Suche nach dem Sinn des Lebens bedeutend. Ihre Identität definieren sie hingegen kaum über ihre Religion.

Religion spielt sowohl im Alltag von muslimischen als auch von christlichen Jugendlichen in der Schweiz eine untergeordnete Rolle. Wichtiger sind ihnen andere Lebensbereiche wie Familie, Freunde, Ausbildung oder Partnerschaft, wie die Forschungsgruppe zeigt.

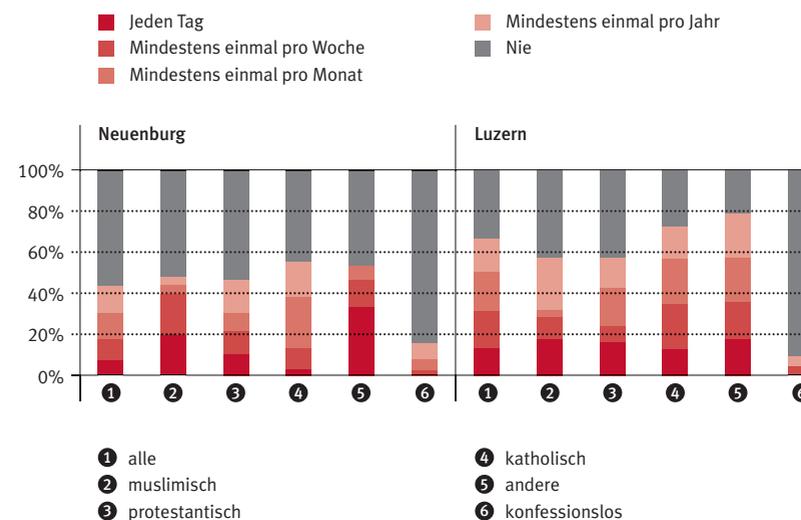
Sinn des Lebens. Die befragten Jugendlichen leben Religion individualisiert und ausserhalb religiöser Institutionen. Religion ist für die meisten Privatsache und wird nicht in der Öffentlichkeit zelebriert. Trotzdem bleibt Religion für die Jugendlichen wichtig. Beispielsweise schätzen viele sie in schwierigen Lebenssituationen oder bei Fragen nach dem Sinn des Lebens als bedeutsam ein. Religion ist für die Jugendlichen zudem ein wichtiges Mittel, um sich einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen und um Traditionen fortzuführen. Viele beabsichtigen beispielsweise, Religion und religiöse Rituale wie das Beten an ihre Kinder weiterzugeben.

Sowohl bei christlichen wie auch bei muslimischen Jugendlichen ist die Religiosität unterschiedlich stark ausgeprägt: Während für einige die Religion bedeutsam ist, stehen ihr andere neutral gegenüber. Die Teilnahme an religiösen Ritualen in der Moschee oder das Tragen religiöser Symbole wie des Kopftuchs spielt für die meisten Musliminnen und Muslime eine untergeordnete Rolle.

Einflüsse von aussen. Wie das Forschungsprojekt zeigt, können die lokalen Bedingungen, mit denen die Jugendlichen konfrontiert sind, ihre Religiosität beeinflussen. Besonders die lokal vorherrschende religiöse Tradition spielt eine Rolle. Im katholischen Kanton Luzern ist die Religion in der Öffentlichkeit stark präsent. Dort messen die Jugendlichen der Religion eine grössere Bedeutung zu als im Kanton Neuenburg, der laizistisch geprägt ist. Junge Luzernerinnen und Luzerner beten beispielsweise häufiger als ihre Altersgenossen aus Neuenburg (siehe Grafik 1).

Homogener Freundeskreis. Zu ihrem Freundeskreis zählen die Jugendlichen – egal ob konfessionslos, protestantisch, katholisch oder muslimisch – hauptsächlich Personen, die der gleichen Religion angehören. Die Netzwerke der Muslime sind am offensten: Die meisten Muslime zählen Nicht-Muslime zu ihren Freunden. Hingegen sind Muslime in den Netzwerken von Jugendlichen mit einer anderen Religion unterrepräsentiert, das heisst, viele Nicht-Muslime haben keine muslimischen Freunde. Die Zusammensetzung des Freundeskreises hängt gemäss den Forschenden allerdings auch von anderen Faktoren als der Religion ab, wie etwa der Nationalität oder der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht.

Grafik 1: Häufigkeit des Betens bei Jugendlichen in Neuenburg und Luzern



Teil III: Identität und Religiosität von Jugendlichen

Überblick

Identitätsfindung ist heute komplexer

Jugendliche stehen vor der Herausforderung, in einer zunehmend komplexen Umgebung eine eigene Identität zu finden. Die Religion hat dabei an Bedeutung verloren – allerdings nicht für alle Jugendlichen.

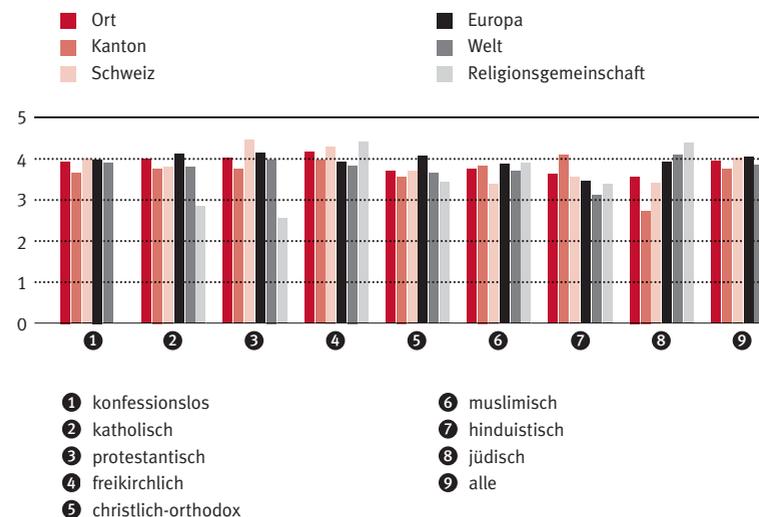
Die Suche nach Identität ist für Jugendliche angesichts der religiösen und kulturellen Pluralisierung komplexer geworden. Die Jugendlichen kommen mit einer zunehmenden Anzahl von religiösen und anderen Gruppen in Kontakt und bilden ihre Identität nicht mehr nur, indem sie sich kritisch mit der eigenen ethnischen, nationalen und religiösen Herkunft auseinandersetzen. Gemäss der NFP 58-Studie (siehe Kasten) spielt die Identifikation mit der eigenen Religionsgemeinschaft heute für viele eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist ihnen dagegen, sich zu Europa und zur Schweiz, zu ihrem Wohnort oder zur Welt als Ganzes zugehörig zu fühlen.

Unterschiedliche Identitätsprofile. Dieses Ergebnis lässt darauf schliessen, dass die Identität der Jugendlichen hierzulande weitgehend säkular ist. Gemäss den Forschenden trifft dies aber nicht für alle zu, denn sie stellten je nach Religionszugehörigkeit grosse Unterschiede fest. Für Angehörige einer Freikirche sowie für jüdische und muslimische Jugendliche ist die Religion sogar die wichtigste Identifikationsgrösse (siehe Grafik 2). Auch für junge Hindus und orthodoxe Christinnen und Christen bildet die Religion einen zentralen Bestandteil ihrer Identität.

Gemäss den Forschungsergebnissen haben also nicht nur besonders gläubige Jugendliche, sondern auch Jugendliche mit Migrationshintergrund eine ausgeprägtere religiöse Identität als die Jugendlichen der beiden Landeskirchen, die sich wenig mit ihrer Religion identifizieren. Für christliche Jugendliche, die in der Schweiz in einem traditionell christlichen Umfeld aufwachsen, ist die Religion weniger wichtig, um die eigene Identität aufzubauen. Für Angehörige einer Minderheitsreligion dagegen, eignet sich die Religion besser als Abgrenzungskriterium.

Psychische Belastung. Jede Religionsgemeinschaft hat ihr eigenes Identitätsprofil, das sich aus einer Vielzahl unterschiedlich gewichteter Zugehörigkeiten zusammensetzt (siehe Grafik 2). Daraus eine stimmige Identität zu formen, ist besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund eine grosse Herausforderung und kann zu einer psychischen Belastung werden (siehe Interview auf Seite 30).

Grafik 2: Womit identifizieren sich Jugendliche verschiedener Religionen?



Das Forschungsprojekt «Bedeutung von Werten und Religiosität für Jugendliche»

Die Forschungsgruppe hat 750 Jugendliche aus der Deutschschweiz zu ihren Werten, ihren religiösen Orientierungssystemen und ihrem Wohlbefinden befragt. Unter den Befragten waren verschiedene Religionsgemeinschaften vertreten. Die erhobenen Daten zeigen, wie Religiosität die Identitätsbildung von Jugendlichen beeinflusst und welche Zusammenhänge zwischen der Identität und der psychischen Gesundheit von Jugendlichen bestehen. Ausserdem geben sie Aufschluss über den Glauben von Jugendlichen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit sowie über deren Offenheit gegenüber Andersgläubigen und einer religiös pluralen Gesellschaft.

Leitung der Forschungsgruppe: Prof. Christoph Morgenthaler, Universität Bern; Prof. Christoph Käppler, Technische Universität (TU) Dortmund

Mitarbeit: Aristide Peng, Kathrin Brodbeck, Sabine Zehnder, Universität Bern; Taylor Christl, Technische Universität (TU) Dortmund

Kontakt: christoph.morgenthaler@theol.unibe.ch

Schlussbericht: www.nfp.58.ch → Projekte → Jugendliche, Schule und Religion



06.05.2011, Lausanne. Graffiti an der Wand der Unterführung zwischen der Brücke Chauderon und der Stadtbibliothek. (© Mélanie Rouiller)

Religiöse Vorstellungen

Mehrheit der Jugendlichen glaubt an etwas Göttliches

Die allermeisten Jugendlichen glauben an Gott oder etwas Göttliches. Esoterische Vorstellungen weisen sie dagegen eher zurück, wobei die Forschenden markante Unterschiede zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften feststellten.

Gemäss den Forschenden glauben rund 20 Prozent der Jugendlichen stark an Gott oder etwas Göttliches, 15 Prozent glauben gar nicht und die übrigen liegen dazwischen. Die grosse Mehrheit der Jugendlichen hat also einen, wenn auch schwach ausgeprägten, Glauben an etwas Überirdisches. Skeptisch sind sie allerdings gegenüber esoterischen Vorstellungen wie etwa dem Glauben an Wahrsagerei oder an die heilende Kraft von Steinen.

Die Forschenden konnten zeigen, dass sich die meisten Jugendlichen vor allem auf positive Glaubensinhalte abstützen und bedrohende Vorstellungen in den Hintergrund drängen. So findet der Glaube an den Teufel oder an böse Geister wenig Zustimmung – am ehesten bei Angehörigen von Freikirchen und Muslimen.

Unterschiede zwischen Religionsgruppen. Besonders auffallend ist die Religiosität von Angehörigen der Freikirchen. Ihr Glaube an Gott und Engel sowie ihre religiöse Praxis – dazu zählen beispielsweise das Beten oder der Besuch von Gottesdiensten – sind stärker ausgeprägt als bei den Jugendlichen anderer Religionsgemeinschaften. Gleichzeitig weisen sie Glaubensinhalte, die von denen ihrer eigenen Religion abweichen, entschiedener als alle anderen zurück. Auch muslimische, hinduistische und christlich-orthodoxe Jugendliche sind religiöser als ihre Altersgenossen. Eine mögliche Begründung sehen die Forschenden darin, dass sie häufig aus Ländern stammen, in denen Religion einen höheren Stellenwert hat. Zudem ermöglicht ihnen die Religionsgemeinschaft, in der Schweiz soziale Kontakte zu knüpfen und ihre ethnische Identität zu wahren.

Die grösste Skepsis gegenüber sämtlichen Glaubensinhalten zeigen erwartungsgemäss Jugendliche, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Aber auch bei Jugendlichen, die einer Landeskirche angehören, ist der Glaube insgesamt eher schwach ausgeprägt. Allerdings konnten die Forschenden einen Unterschied zwischen katholischen und protestantischen Jugendlichen feststellen: Junge Katholiken glauben nicht nur stärker an Gott oder etwas Göttliches, sie sind gegenüber esoterischen Vorstellungen auch offener als ihre protestantischen Altersgenossen (siehe Interview auf Seite 30).



14.05.2011, Lausanne. Ein Jugendlicher im Park der Ecole romande d'art et de communication (Eracom).
(© Mélanie Rouiller)

Religiöse Toleranz Jugendliche sind anderen Religionen gegenüber offen

Deutschscheizer Jugendliche haben insgesamt eine offene Einstellung zur religiösen Vielfalt. Allerdings gibt es grosse Unterschiede, je nachdem, wo die Jugendlichen aufwachsen, ob sie einen Migrationshintergrund haben, welcher Religionsgemeinschaft sie angehören und wie stark ihr eigener Glaube ausgeprägt ist.

Deutschscheizer Jugendliche stehen einer religiös pluralen Gesellschaft insgesamt offen gegenüber. Unterschiede zeichnen sich allerdings ab, wenn es darum geht, anderen Religionsgruppen konkrete Rechte – etwa in Form von eigenen Versammlungs- und Gebetsräumen – zuzugestehen. Dass in der Schweiz alle ihre Religion so ausüben können, wie es die jeweilige Religion vorsieht, befürworten vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in der Schweiz einer Minderheitsreligion angehören.

Junge Christinnen und Christen äussern sich in diesem Punkt zurückhaltender. Besonders Angehörige von Freikirchen und orthodoxe Christen sind der Ansicht, dass das Christentum in der Schweiz die Leitreligion sein sollte. Der gläubige katholische Rodrigo erklärt das so: «Ich finde es nicht schlecht, dass es andere Religionen gibt, man sollte sich einfach auch ein bisschen anpassen und die anderen Leute nicht kritisieren.»

«Ich finde es nicht schlecht, dass es andere Religionen gibt, man sollte sich einfach auch ein bisschen anpassen und die anderen Leute nicht kritisieren.»

Rodrigo, 16 (Die Forschungsgruppe hat den Namen geändert)

Gläubige Jugendliche besonders tolerant. Die Forschenden konnten zeigen, dass gläubige Jugendliche anderen Religionsgemeinschaften gegenüber besonders offen sind. Sie begrüssen nicht nur die religiöse Vielfalt in der Schweiz. Sie sprechen sich auch stärker als Nicht-Religiöse dafür aus, dass alle Religionsgemeinschaften ihre eigenen Versammlungsräume und Gebetshäuser haben sollen.

Die religiöse Toleranz hängt zudem vom Wohnort der Jugendlichen ab. In städtischen Gebieten ist die Toleranz gegenüber Andersgläubigen wesentlich grösser als auf dem Land (siehe Interview auf Seite 30).

Interview mit der Forscherin Sabine Zehnder Bedeutende Unterschiede zwischen den Jugendlichen

Die Befragungen zur Identität und Religiosität von Deutschschweizer Jugendlichen haben teilweise zu überraschenden Ergebnissen geführt und zudem markante Unterschiede zwischen den verschiedenen Religionsgruppen deutlich gemacht. Diese erläutert Sabine Zehnder, Forscherin an der Universität Bern und Mitglied der Forschungsgruppe des NFP 58, im Interview.

Sabine Zehnder, gemäss den Ergebnissen Ihrer Forschungsgruppe identifizieren sich Jugendliche in der Schweiz heute stärker mit Europa als mit dem Ort, an dem sie wohnen. Wie kommt das?

Das hängt damit zusammen, dass diese Jugendlichen bereits in eine plurale Gesellschaft hineingewachsen sind. Was früher weit weg schien, beispielsweise Europa, ist heute näher gerückt. Die Jugendlichen von heute denken grossräumiger als die Generation vor ihnen. Der Prozess der Identitätsbildung ist damit aber auch komplexer geworden, weil die Wahlmöglichkeiten stark zugenommen haben.

Wie gehen die Jugendlichen damit um?

Das ist nicht einfach. Um diese Aufgabe zu bewältigen, braucht es Ressourcen von der Aussenwelt, aber auch persönliche Ressourcen. Die eigene Identität zu entwickeln und zu stärken, heisst auch, sich selbst zu sein und sich als kohärent wahrzunehmen. Besonders schwierig ist das, wenn die Jugendlichen in unterschiedlichen Welten aufwachsen, wenn also beispielsweise in der Schule andere Regeln gelten als zu Hause oder im Freundeskreis. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommt das besonders häufig vor. Unter diesen Umständen eine eigene Identität zu entwickeln, ist eine grosse Herausforderung und kann zu psychischen Problemen führen.

Wie äussern sich diese Probleme?

Wir haben bei Jugendlichen, für die sich die Identitätsbildung besonders schwierig gestaltet, mehr emotionale Probleme, grössere Schwierigkeiten mit Gleichaltrigen und stärkere Ängste bis hin zu Suizidgedanken festgestellt. Es ist aber wichtig festzuhalten, dass wir hier von Durchschnittswerten sprechen. Man kann natürlich nicht sagen, dass alle Jugendlichen mit Migrationshintergrund psychische Probleme haben.

Wieso ist die Religion für die Identitätsbildung von Jugendlichen heute wenig wichtig?

Im Schnitt spielt die religiöse Zugehörigkeit für die Jugendlichen tatsächlich eine untergeordnete Rolle. Allerdings gibt es diesbezüglich markante Unterschiede zwischen den verschiedenen Religionsgruppen. Für Mitglieder von Freikirchen, aber auch für muslimische, jüdische oder hinduistische Jugendliche ist die Religion als Pfeiler der Identität durchaus wichtig.

Wie erklären Sie sich diese Unterschiede?

Die genannten Jugendlichen gehören in der Schweiz einer religiösen Minderheit an. Sie unterscheiden sich in Bezug auf die Religion von der Mehrheitsgesellschaft und nehmen sich als anders wahr. Die Religion gewinnt so an Bedeutung für ihr Selbstverständnis. Bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommt hinzu, dass Religionsgemeinschaften im Einwanderungsland wichtig sind, um soziale Kontakte zu knüpfen.

Sie konnten auch zeigen, dass junge Katholiken gläubiger sind als ihre protestantischen Altersgenossen. Wie kommt das?

Katholiken fühlen sich im Durchschnitt stärker mit der Institution der Kirche verbunden als Protestanten. Diese institutionelle Bindung hat möglicherweise Auswirkungen auf die Religiosität des Einzelnen. Weiter gibt es die Hypothese der religiösen Sozialisation, wonach die Religiosität eines Menschen davon abhängt, wie er in der Kindheit in die religiöse Tradition eingebunden wurde. Die katholische Kirche bietet da mehr Möglichkeiten. Dort können Kinder und Jugendliche beispielsweise während der Messe ministrieren.

Stichwort Toleranz: Wie offen sind Jugendliche fremden Religionen gegenüber?

Die Hälfte der befragten Jugendlichen ist der Meinung, dass alle Religionen gleichwertig sind. Ein zusätzliches Viertel zieht zwar die eigene Religion den anderen vor, findet aber gleichzeitig, dass alle Religionen Respekt verdienen. Zusammengenommen können wir also sagen, dass drei Viertel der Jugendlichen religiös offen sind.

Die Forschungsgruppe um Prof. Janine Dahinden hat gezeigt, dass gerade muslimische Jugendliche häufig ausgegrenzt werden. Wie geht das mit Ihren Ergebnissen zusammen?

Wir haben mit unseren Fragebögen die Einstellung junger Menschen untersucht und dabei gesehen, dass eine Mehrheit der Jugendlichen anderen Religionsgruppen gegenüber offen eingestellt ist. Wie sich die Jugendlichen tatsächlich auf dem Pausenhof verhalten, ist eine andere Frage. Das Verhalten und die Einstellung eines Menschen stimmen nicht immer überein.

Eine besonders offene Einstellung gegenüber anderen Religionen haben gemäss Ihren Ergebnissen gläubige Jugendliche. Wie erklären Sie das?

Gläubige Jugendliche erleben die Religion als etwas Positives in ihrem Leben. Sie denken nicht, dass ihre Religion die einzige ist, sondern anerkennen vielmehr, dass auch Angehörige anderer Religionsgruppen diese positive Erfahrung machen können. Hinzu kommt, dass religiöse Jugendliche ihre Religion frei ausleben wollen und dieses Recht deshalb auch anderen Religionsgemeinschaften zugestehen.

Interessant ist auch, dass die Jugendlichen in den Städten und Agglomerationen toleranter sind als auf dem Land.

Es gibt verschiedene Gründe für diesen Stadt-Land-Unterschied. Zunächst spielt sicher eine Rolle, dass Angehörige von religiösen Minderheiten eher in urbanen Gegenden wohnen. Diese Jugendlichen sprechen sich für die Rechte aller Religionen aus, weil sie selber darauf angewiesen sind. Ausserdem kommen in den Städten auch die Jugendlichen der Mehrheitsreligion viel häufiger mit verschiedenen Religionen in Kontakt als die Jugendlichen auf dem Land. Der persönliche Kontakt macht das Fremde weniger fremd und kann so zu mehr Toleranz führen.

Von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird erwartet, dass sie sich anpassen und in die Schweizer Gesellschaft integrieren. Steht ihnen die Religion dabei im Weg?

Wenn Religion dazu führt, dass sich die Jugendlichen abschotten und nur mit Angehörigen ihrer Religionsgruppe verkehren, ist das sicher ungünstig. Religiosität kann aber auch eine positive Wirkung haben. Der Glaube und die religiöse Gemeinschaft können gerade in einer Migrationssituation wichtige Ressourcen sein, die das Selbstbewusstsein der Jugendlichen stärken und soziale Kontakte erleichtern. Solche Ressourcen können den Jugendlichen helfen, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration zu meistern. Man kann also nicht pauschal sagen, dass eine ausgeprägte Religiosität die Integration erschwert.

Was können Schulen, Behörden und Religionsgemeinschaften unternehmen, um die Toleranz weiter zu fördern?

Es braucht Begegnungsorte, an denen Jugendliche unterschiedlicher Religionen zusammentreffen und sich austauschen können. Es ist wichtig, dass die Jugendlichen Probleme direkt ansprechen können.



06.05.2011, Lausanne. Graffiti auf der Überführung zur Ecole romande d'art et de communication (Eracom). (© Mélanie Rouiller)

Teil IV: Jugendliche, Religion und Migration

Überblick

Jugendliche handeln Religion neu aus

Kinder von Zugewanderten finden eigene, kreative Wege, ihre Religion und Kultur zu leben. Sie gehen flexibel mit ihrer Religionszugehörigkeit um und geben ihr je nach Situation eine andere Bedeutung.

Jugendliche der zweiten Migrationsgeneration suchen nach einem eigenen, für sie passenden Umgang mit der Kultur ihrer Eltern, wie die Forschenden des NFP 58 zeigen konnten (siehe Kasten). Für manche spielt Religion dabei überhaupt keine Rolle, während andere die Traditionen der Eltern bewusst fortführen wollen. Zu ihnen zählt der 19-jährige Enver, der sich an die religiösen Vorschriften hält und überzeugt ist: «Alles, was Gott für uns verboten hat, ist nicht gut für den Menschen. Zum Beispiel Alkohol trinken, Drogen nehmen, in Swingerclubs gehen.»

«Alles, was Gott für uns verboten hat, ist nicht gut für den Menschen. Zum Beispiel Alkohol trinken, Drogen nehmen, in Swingerclubs gehen.»

Enver, 19 (Die Forschungsgruppe hat alle Namen geändert)

Daneben gibt es Jungen und Mädchen, die strenge religiöse Vorgaben ablehnen. So zum Beispiel die 16-jährige Salia, die Religionen insgesamt skeptisch gegenübersteht und findet: «Schade an der Religion ist, dass sie ihre Macht ausnützt für irgendwelche Vorgaben. Ich meine zum Beispiel die Hochzeit oder so. Ich finde das eigentlich ein bisschen komisch, dass man dafür zahlen muss.»

«Schade an der Religion ist, dass sie ihre Macht ausnützt für irgendwelche Vorgaben. Ich meine zum Beispiel die Hochzeit oder so. Ich finde das eigentlich ein bisschen komisch, dass man dafür zahlen muss.»

Salia, 16

Wieder andere haben in der Adoleszenz den Wunsch, mehr über die Kultur und Religion der Eltern zu erfahren. Gemäss den Forschenden folgt eine solche Hinwendung oft auf eine Phase der Anpassung an die Schweizer Gesellschaft.

Neuaushandlung der Religion. Neben der Familie prägen auch Einflüsse von Freunden, religiösen Institutionen oder Medien das Verhältnis der jugendlichen Secondos zur Religion. Wie auch immer sie mit der Religion umgehen, es handelt

sich in jedem Fall um eine kreative Neuschöpfung. So findet die 17-jährige Zaïda einen eigenen Weg, sich sowohl als Muslimin als auch als Europäerin zu fühlen: «Man glaubt mir manchmal nicht, dass ich Muslimin bin. Wenn ich zum Beispiel erkläre, dass ich kein Schweinefleisch esse, weil ich Muslimin bin, sagen die Leute: Wirklich? Aber du bist doch ganz normal, ohne Kopftuch und so. Dann sage ich: Ich bin Europäerin!»

«Man glaubt mir manchmal nicht, dass ich Muslimin bin. Wenn ich zum Beispiel erkläre, dass ich kein Schweinefleisch esse, weil ich Muslimin bin, sagen die Leute: Wirklich? Aber du bist doch ganz normal, ohne Kopftuch und so. Dann sage ich: Ich bin Europäerin!»

Zaïda, 17

Bedeutung von Religion ist situationsabhängig. Für die Jugendlichen ist es wichtig, dazuzugehören. Deshalb betonen sie je nach Situation andere Aspekte ihrer Identität. Das Beispiel der katholischen albanischen Secondos illustriert dies treffend, weil diese Gruppe einerseits eine Minderheit innerhalb der albanischen Diaspora bildet und andererseits der christlichen Mehrheitsreligion in der Schweiz angehört. So hängen diese Jugendlichen im Kreis ihrer albanischen Altersgenossen, die meist muslimisch sind, ihre christliche Religionszugehörigkeit nicht an die grosse Glocke. In anderen Situationen ist es ihnen dagegen wichtig, dass die Leute wissen, dass in der Schweiz viele albanische Jugendliche katholisch sind.

Das Forschungsprojekt «Migration und Religion: Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz»

Die Forschungsgruppe hat Kinder und Jugendliche in Schulen und im familiären Umfeld befragt. Bei den Erhebungen im familiären Umfeld beschränkte sie sich auf Jugendliche, deren Eltern aus Südasien (Indien, Pakistan und Sri Lanka) oder Südosteuropa (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien und Serbien) in die Schweiz eingewandert sind. Die Forschenden führten mit den Jugendlichen Gruppendiskussionen durch. Zudem interviewten sie Eltern und Schlüsselpersonen der Religionsgemeinschaften.

Leitung: Prof. Christian Giordano, Universität Freiburg

Projektteam: Dr. Brigit Allenbach, Dr. Pascale Herzig, Monika Müller, Universität Freiburg

Kontakt: brigit.allenbach@unifr.ch, pascale.herzig@unifr.ch

Schlussbericht: www.nfp58.ch → Projekte → Jugendliche, Schule und Religion

Anpassungsstrategien

Kinder von Zugewanderten wollen dazugehören

Kinder von Zugewanderten entwickeln unterschiedliche Strategien, um ihre vielfältigen Zugehörigkeiten mit den Lebensumständen in der Schweiz in Einklang zu bringen. Dies zeigen die Beispiele von Jugendlichen, deren Eltern aus Südosteuropa und Südasien in die Schweiz eingewandert sind.

Der Islam wird in der Schweiz oft als fremd empfunden. Muslimische Jugendliche, deren Eltern aus Südosteuropa in die Schweiz eingewandert sind, haben deshalb zum Teil Schwierigkeiten, ihren Platz in der Schweizer Gesellschaft zu finden. Die Forschenden konnten zeigen, dass muslimische Jugendliche als Reaktion auf Ausschluss Erfahrungen und Fremdenfeindlichkeit Strategien entwickeln, um sich sowohl zur Schweiz als auch zur Kultur und Religion der Eltern zugehörig zu fühlen.

Kopftuch als Zeichen des Respekts. Jugendliche Musliminnen und Muslime sehen sich in ihrem Alltag oft gezwungen, Vorurteile zu widerlegen. Ihre Altersgenossen setzen den Islam mit strengen religiösen Regeln gleich und beurteilen besonders das Verhältnis zwischen Mann und Frau im Islam kritisch. Darauf reagieren muslimische Jugendliche, indem sie betonen, dass Frauen und Männer im Islam gleichgestellt seien. So erklärt etwa der 18-jährige Blerim: «Viele Leute sagen, im Islam sei die Frau weniger wert als der Mann. Aber eigentlich lehrt uns der Islam, dass Mann und Frau genau gleich sind.»

«Viele Leute sagen, im Islam sei die Frau weniger wert als der Mann. Aber eigentlich lehrt uns der Islam, dass Mann und Frau genau gleich sind.»

Blerim, 18

Auch das Kopftuch verstehen viele muslimische Jugendliche nicht als Zeichen der Unterdrückung, sondern vielmehr als Ausdruck gegenseitigen Respekts von Mann und Frau. Mit solchen Interpretationen bringen die muslimischen Jugendlichen ihre Religion mit den Lebensbedingungen in der Schweiz in Einklang und können sich damit beiden Welten zugehörig fühlen.

Heiratskriterien der Eltern neu ausgelegt. Auch Jugendliche aus Südasien (Indien, Pakistan und Sri Lanka) sehen sich mit Vorurteilen konfrontiert. In diesem Fall betreffen sie die arrangierte Ehe, die in der Schweizer Öffentlichkeit als problematisch wahrgenommen wird. Wie ihre muslimischen Altersgenossen versuchen auch die südasiatischen Jugendlichen, ihre Kultur und damit auch die arrangierte Ehe zu verteidigen und gleichzeitig nach ihren Vorstellungen auszulegen. So

gewichten sie von den Eltern vorgegebene Heiratskriterien wie Kasten- und Religionszugehörigkeit oder Ethnizität gemäss ihren Bedürfnissen. Sie wollen damit erreichen, dass sie einen Partner oder eine Partnerin mit ähnlichen Wertvorstellungen heiraten dürfen. Für die meisten Jugendlichen ist das jemand, der zwar ihre ethnische Herkunft teilt, aber wie sie in Europa aufgewachsen ist. Sie wollen nicht, dass jemand für die Heirat aus Südasien in die Schweiz geholt wird, weil sie denken, dass es einen Unterschied macht, wo jemand aufwächst.

Viele Jugendliche formulieren explizit den Wunsch, den zukünftigen Partner selbst auszuwählen, während für Kinder das Heiraten noch in weiter Ferne ist. So vertraut beispielsweise der 12-jährige Dilip noch darauf, dass die Eltern ihn gut kennen und deshalb eine passende Frau für ihn finden werden: «Also bei mir ist es am besten, wenn meine Mutter sagt, welche ich heiraten muss.»

«Also bei mir ist es am besten, wenn meine Mutter sagt, welche ich heiraten muss.»

Dilip, 12

Jugendliche, die gerne eine Beziehung eingehen würden oder bereits eingegangen sind, werden dagegen unmittelbar mit der Frage der Heirat konfrontiert. Einige wenige widersetzen sich den Heiratskriterien ihrer Eltern und haben eine Schweizer Freundin oder einen Schweizer Freund. Der 16-jährige Danoshan grenzt sich sogar so weit ab, dass er auf keinen Fall eine Taminin heiraten möchte: «Mir ist alles recht, wenn es nur keine Taminin ist. Es ist sonst eigentlich egal, was. Einfach lieber keine Taminin wegen der Religion. Ich habe meine Religion nicht so gern.»

«Mir ist alles recht, wenn es nur keine Taminin ist. Es ist sonst eigentlich egal, was. Einfach lieber keine Taminin wegen der Religion. Ich habe meine Religion nicht so gern.»

Danoshan, 16



03.06.2011, Lausanne. Zwei muslimische Frauen am Jahrmarkt Luna Park. (© Mélanie Rouiller)

Religion und Bildung Erfolg in Ausbildung und Beruf zentral

Zugewanderte wünschen sich für ihre Kinder eine erfolgreiche Zukunft und legen deshalb viel Wert auf eine gute Ausbildung ihrer Söhne und Töchter.

Gemäss den Forschenden wünschen sich zugewanderte Eltern oft, dass es ihren Kindern einmal besser geht als ihnen selbst. Dies bezeugt der 21-jährige Student Sami, dessen Eltern aus Mazedonien in die Schweiz eingewandert sind: «Alles, was ich heute bin, verdanke ich meinen Eltern. Mein Vater ist zwar kein Gelehrter, aber als er seine Familie hierher gebracht hat, wusste er, dass seine Söhne einen anderen Weg einschlagen müssen.»

«Alles, was ich heute bin, verdanke ich meinen Eltern. Mein Vater ist zwar kein Gelehrter, aber als er seine Familie hierher gebracht hat, wusste er, dass seine Söhne einen anderen Weg einschlagen müssen.»

Sami, 21

Südasiatische Eltern streben für ihre Kinder oft eine universitäre Ausbildung an. Sie hoffen, dass ihre Kinder mit einem Universitätsabschluss sozial aufsteigen können. Gemäss der Forschungsgruppe wollen auch muslimische Eltern, dass ihre Kinder in der Schule erfolgreich sind. Die Religion soll ihnen dabei nicht im Weg stehen, wie das Beispiel der 17-jährigen Zlata zeigt: «Meine Eltern wollen nicht, dass ich im Ramadan faste, wenn ich zur Schule gehe. Ich wollte aber und habe deshalb vorgeschlagen, nur an den Wochenenden zu fasten.»

«Meine Eltern wollen nicht, dass ich im Ramadan faste, wenn ich zur Schule gehe. Ich wollte aber und habe deshalb vorgeschlagen, nur an den Wochenenden zu fasten.»

Zlata, 17

Wie ihre Eltern wünschen sich auch viele Jugendliche, ihre Ausbildung abzuschliessen und einen passenden Beruf zu erlernen. So bezeichnet die 16-jährige Fatlinda eine gute Ausbildung sogar als Sinn des Lebens: «Also der Sinn des Lebens ist, sich gut auszubilden und dann einfach den Islam zu praktizieren, damit ich später einmal in den Himmel kommen werde.»

«Also der Sinn des Lebens ist, sich gut auszubilden und dann einfach den Islam zu praktizieren, damit ich später einmal in den Himmel kommen werde.»

Fatlinda, 16

Empfehlungen Jugendliche gezielt fördern

Die Forschenden empfehlen Schulen und Behörden unter anderem, den Zugang zu Informationen über Religion zu erleichtern. Das ist sowohl für Lehrpersonen als auch für die Jugendlichen wichtig, damit sie sich ein differenziertes Bild von Religion machen können.

Die Forschenden geben Empfehlungen für Schulen und Behörden ab, die auf einen differenzierten Umgang mit Religion und Migration und eine gezielte Förderung von Jugendlichen zielen.

Zunächst empfehlen sie den Pädagogischen Hochschulen, Porträts von Jugendlichen für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung einzusetzen. Diese sollen den angehenden Lehrpersonen zeigen, wie individuell und vielfältig Kinder und Jugendliche mit Religion umgehen.

Den Behörden empfehlen die Forschenden Konzepte auszuarbeiten, um Jugendlichen den Zugang zu unterschiedlichen Informationen über Religion zu erleichtern. Dem Internet messen sie dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie argumentieren, dass sowohl Islamisten als auch Islamgegner dieses Medium intensiv nutzen, während gemässigte Informationsplattformen fehlen, die für Jugendliche ansprechend sind und in einer Schweizer Landessprache zur Verfügung stehen. Damit Kinder von Zugewanderten die Religion der Eltern mit den Lebensumständen in der Schweiz in Einklang bringen können, ist es wichtig, dass sie Informationen über die Religion und Kultur der Eltern in einer Landessprache aufarbeiten können.

Weiter empfehlen die Forschenden den Behörden, vermehrt in die Elternarbeit zu investieren. Denn gerade Eltern, deren Kinder auf Hilfe angewiesen sind, kennen die staatlichen Unterstützungsprogramme oft nicht oder vertrauen ihnen zu wenig.

Schliesslich kommt gemäss den Forschenden auch der Jugendarbeit eine wichtige Rolle zu. Sie sollte Freizeitaktivitäten fördern, die Grenzen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Religionen und Herkunft abbauen.



13.06.2011, Bulle. Jugendliche im Skatepark. (© Mélanie Rouiller)

Das NFP 58 in Kürze

Das Nationale Forschungsprogramm «Religiöse Gemeinschaften, Staat und Gesellschaft» (NFP 58) ist ein anwendungsorientiertes Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF). Es soll den Mangel des Bundes und der Kantone an wissenschaftlichen Informationen über die religiösen Gemeinschaften in der Schweiz und ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft beheben.

Der Bundesrat hat das NFP 58 am 2. Dezember 2005 genehmigt. Seit 2007 arbeiten 28 Forschungsgruppen an ihren oft interdisziplinären Projekten. Sämtliche Arbeiten werden 2011 abgeschlossen.

Das NFP 58 verfügt über ein Gesamtbudget von 10 Millionen Franken.

Präsident: Prof. Dr. Christoph Bochinger (Christoph.Bochinger@uni-bayreuth.de)
Kordinatorator: Dr. Christian Mottas – SNF (cmottas@snf.ch)
Umsetzungsbeauftragte: Almut Bonhage (almut.bonhage@bonhage.ch)

www.nfp58.ch
www.snf.ch

Impressum

NFP 58, Themenheft III, Juni 2011
Konzept und Redaktion: Xavier Pilloud, Myriam Käser,
Sarah Camenisch – Bonhage PR AG
Design und Layout: Senger und Partner GmbH
Bilder: Mélanie Rouiller
Produktion: Jordi AG – das Medienhaus, CH-3123 Belp



SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG